

Romedi Arquint

PLÄDOYER FÜR EINE GELEBTE MEHRSPRACHIGKEIT

Die Sprachen
im Räderwerk der Politik



NZZ Libro E-Book

Verlag Neue Zürcher Zeitung

Romedi Arquint

PLÄDOYER FÜR EINE GELEBTE MEHRSPRACHIGKEIT

Die Sprachen
im Räderwerk der Politik



NZZ Libro E-Book

Verlag Neue Zürcher Zeitung

Romedi Arquint

**PLÄDOYER
FÜR EINE GELEBTE
MEHRSPRACHIGKEIT**

Die Sprachen
im Räderwerk der Politik
in der mehrsprachigen Schweiz
und im europäischen Ausland

Verlag Neue Zürcher Zeitung

Ingrazchamaint

Da mia nona dschaivan ils da Brail: Els sun a fin cul fer cun fain aunz cu cha cumainzan. Da quista «virtüd» han badà eir ellas: Dr. Ursina Fried-Turnes chi ha acumpagnà quista lavur in sia fasa finala cun blera cumpetenzza e buns cussagls; grazcha fich eir per Tia pazienza computeristica. Ün cordial ingrazchamaint va eir a Dr. Renata Coray ed a duonna Liliane Studer chi han eir ellas lectorà il manuscrit cun pazienza invers l'autur.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2014 Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich

Der Text des E-Books folgt der gedruckten 1. Auflage 2014 (ISBN 978-3-03823-910-9)

Titelgestaltung: icona basel

Datenkonvertierung: CPI books GmbH, Leck

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werks oder von Teilen dieses Werks ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

ISBN E-Book 978-3-03810-041-6

www.nzz-libro.ch

NZZ Libro ist ein Imprint der Neuen Zürcher Zeitung

Inhalt

Vorwort

Einführung

1. **Mehrsprachigkeit - kein Problem im Ancien Régime**
2. **Der *state building*-Prozess im Europa des 19. Jahrhunderts**
 - 2.1. **Die Verschmelzung des Staats mit der Nation**

Frankreichs «nationaler Citoyen» (aus dem Staat erwächst das Volk)
Der deutsche Weg (aus dem Volk erwächst der Staat)
 - 2.2. **Neue Begriffe schaffen neue Realitäten**
 - 2.3. **Karl Renners Versuch, der Nationalstaatsfalle zu entgehen**
 - 2.4. **Kritische Stimmen**

Exkurs. Die Bevölkerungsstatistik als Bannerträgerin des «Sprachnationalismus»
3. **Die junge Schweiz und die Mehrsprachigkeit**
 - 3.1. **Gründung des Schweizerischen Bundesstaats**
 - 3.2. **Wie der Bundesstaat sich als Nation erfindet**
 - 3.3. **Die Revision der Bundesverfassung 1872/1874**
4. **Die Sprachen im 20. Jahrhundert**
 - 4.1. **Sprachnationale Zuspitzung**
 - 4.2. **Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg**

Die *cohésion nationale* in Gefahr
Ein neuer Sprachenartikel und eine neue Bundesverfassung
Bund und Kantone im Clinch um die Volksschulbildung
 - 4.3. **Das Italienische**
 - 4.4. **Das Rätoromanische**

Zur Sprachentwicklung
Das Rätoromanische wird Landessprache

Kulturelle und politische Blütezeit

Rumantsch Grischun

Das Sprachengesetz Graubündens

Abschliessende Bemerkungen

4.5. Die Künstlichkeit der nationalen Identität

4.6. Die multinationale mehrsprachige Schweiz

Ein Loblied auf die multinationale Schweiz

Die Mehrsprachigkeit als Metapher für die «Einheit in der Vielfalt»

Wie steht es um die Mehrsprachigkeit in der Schweiz?

Spurensuche

Die Kantone als Verwalter der sprachbezogenen nationalen Identität

Fazit

5. Das Territorialitätsprinzip und die Sprachenfreiheit

5.1. Das Territorialitätsprinzip als Sprachenfessel

Das Bundesgericht

Widersprüche

5.2. Die Sprachenfreiheit

6. Artenschutz und Sprachenvielfalt

7. Pfade aus der Territorialitätsfalle

7.1. Staatsphilosophische Begründungen

7.2. Linguistische und sprachsoziologische Grundlagen

Kritischer Kommentar

Identität und Mehrsprachigkeit

Mehrsprachigkeit als Normalfall – Beispiel Zuoz im Oberengadin

Mehrsprachigkeit und Schule

Offensichtliche Widersprüche

Im Clinch zwischen öffentlichem Interesse und Bildungsauftrag

7.3. Politische und kulturelle Identität

8. Hin zu einer mehrsprachigen Schweiz

8.1. Die Landessprachen auf Bundesebene

Die Sprachen in der Bundesverwaltung
Kreative Umsetzung des Verfassungsauftrags
Das Schweizer Fernsehen als Beispiel

8.2. Die Landessprachen in Bildung und Kultur

Rätoromanisch und Italienisch
Gleiches Recht für alle Landessprachen
Folgen für Angehörige weiterer Sprachen
Modelle zweisprachiger Schulen

9. Bildungspolitische Lichtblicke

9.1. Blick über den Zaun

9.2. Lichtblicke in der Schweiz

Die Schullandschaft bei den Rätoromanen am Beispiel
des Oberengadins
Ausgewählte hoffnungsvolle Projekte in der Schweiz
ausserhalb der Rätoromania

Thesen und Forderungen

Literatur

Anmerkungen

Vorwort

Antrieb – nicht zuletzt auch für diese Arbeit – war die Lust und die Begeisterung für Sprachen, die mich als Exemplar einer *species rara* von Kindesbeinen an begleitet hat. Ob das Nachkriegskind aus Holland, das bei uns die Sommerferien verbrachte, deshalb dem dreijährigen *tracagnotel* zur Prinzessin wurde, weil sie ihm holländische Lieder vorsang? Wie aufstellend mag der *puob rumantsch* auf den *Pestalozzikalender* reagiert haben, den er für das Lösungswort NÜTLUGGLAGÜNNT erhielt, das er überhaupt nicht verstanden hatte? Zu Hause sprach er Puter da Brail, auf der Strasse prügeln sie sich auf Vallader. Und an schönen Sommersonntagen schaute er gebannt den schreienden Murrspielern zu, mit ihren *tüttinbarca* und *murramilan*. Der alte Knecht Herminio vertrieb den Buben mit lauten Livignasker Flüchen, während er dem Huhn mit der Axt den Kopf abhackte. Gebannt lauschte er am Mittwochabend jeweils Balzlis Hörfolgen der *Annebäbi Jowäger* und am Sonntagnachmittag Rengglis Fussballreportagen. Später freuten sich die Grösseren, wenn sie einen der *pitschens* in den Konsum schicken konnten, um für fünf Rappen «Ibidum» zu kaufen. *Die Drei von der Tankstelle* weckten Krimifreuden und mit *Winnetou* flog der Elfjährige in unbekannte Welten, die *Gartenlauben* der *nona* (in der alten deutschen Schrift) weckten verbotene Lüste.

Sprachen begleiteten mich auch später. So etwa, als ich mich im Studium für theologische Hochseilakte begeistert hatte, um dann in Bivio auf der Kanzel zu merken, dass diese auf Italienisch keine Begeisterung auslösen wollten. Und auch das lehrte mich das

Leben: Vieles lässt sich mit Sprache einfangen. In der einen erzeugen Aussagen dank Melodie und Assoziationsketten ganze Welten, in der anderen lässt sich vieles verstecken. Es ist wie mit dem Lattenzaun bei Morgenstern: Sprache wird erst lebendig mit der Leere dazwischen, dem Ungesagten, dem Unsagbaren.

Die Stossrichtung der vorliegenden Schrift ist politischer Natur. Die Auseinandersetzung mit Europas Minderheiten führte mich nach Bern, zum Europarat, und als Vertreter einer NGO mitten in die Wirren Mittel- und Osteuropas der 1990er-Jahre. War mir schon früher aufgegangen, wie sich die Nationalstaaten schwertaten mit den auf ihrem Staatsgebiet lebenden Anderssprachigen, so zeigte die Instrumentalisierung der Sprachen für die neu sich bildenden demokratischen Staaten in Mittel- und Osteuropa ihr Fratzensgesicht. Es ist erstaunlich, wie schnell historisch nachvollziehbare Vorgänge die Geschichte verlassen und zu naturgegebenen Selbstverständlichkeiten werden. Jürgen Osterhammel, der Konstanzer Historiker, hat dafür den Ausdruck «Erinnerungshorte» geschaffen: «Erinnerungshorte bewahren die Erinnerung im Aggregatzustand der Möglichkeit auf. Nur gehortet bleibt die kulturelle Vergangenheit tot; allein im Akt des Nachvollzugs wird sie lebendig.»¹

Die Sprachen waren die ersten Opfer der Gefrässigkeit der Nationalstaaten, sie wurden eingesperrt in Territorien, die einerseits für den inneren Zusammenhalt der Staaten bedeutsam waren, gleichzeitig jedoch die anderen Sprachen als fremd, ja als potenziell feindlich, ausschlossen. Um mit Ernst Jandl zu sprechen: Diesem *Werch ein Illtum* geht der Essay zu Leibe. Oder, mit Saskia Sassen, es geht mir um die «Entnationalisierung des

historisch konstruierten Nationalen»², um die Befreiung der Sprachen aus ihrer babylonischen Gefangenschaft.

Einführung

Eine Fliege hat sich im Spinnennetz verfangen. Welcher der vielen Fäden entscheidet letztlich über das Schicksal der Fliege? Bei den Sprachen steht man vor einem ähnlichen Dilemma. Im Netzwerk der Gesellschaft stellen sie einen, wenn auch gewichtigen Faden unter vielen anderen dar. Eine Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen wird deshalb nie die Sprache als isolierte Grösse orten können. Sprache und Sprachkonflikte sind immer auch mit wirtschaftlichen, politischen, historischen, sozialen und kulturellen Interessen gekoppelt. Häufig werden diese symbolisch an der Sprache aufgehängt; die Sprache wird für ideologische und andere Interessen instrumentalisiert.

Dies gilt auch für die Schweiz und deren Sprachenpolitik, auch wenn das Land als ein staatspolitisch vorbildliches Modell des friedlichen Zusammenlebens mehrerer Sprachgemeinschaften betrachtet wird. Ja, die Schweiz hat als einer der wenigen Staaten Europas die Mehrsprachigkeit in die Verfassung und Praxis des Bundes aufgenommen und diese bis heute zur mittleren Unzufriedenheit – eines der Merkmale gut funktionierender Demokratien – weiterentwickelt.

Die in der politischen Rhetorik gefeierte Mehrsprachigkeit der Schweiz erweist sich jedoch zunehmend als Mythos. Historisch wurde sie als Element nationaler Identität erst spät, im 20. Jahrhundert zur Zeit der geistigen Landesverteidigung, entdeckt und gefeiert, in der Zeit davor war die Mehrsprachigkeit eher als Pflicht denn als Kür betrachtet worden. In der Nachkriegszeit verblasste sie zunehmend zur nationalen Rhetorik.

Dies zeigen die mühsamen und kleinkrämerischen Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Kantonen, der Mehrsprachigkeit und der Begegnung der Menschen verschiedener Sprachen und Mentalitäten in der Schweiz inhaltlich Gewicht zu geben. Ein letztes für sich sprechendes Beispiel ist das nach mehr als einem Dutzend Jahren endlich zustande gekommene erste Sprachengesetz, das kaum als ein zukunftsweisendes Erneuerungsprogramm für die Sprachen als identitätsstiftendes Merkmal der Nation bezeichnet werden kann. Informelle traditionelle Brücken zwischen den Sprachregionen sind verschwunden, Übersetzungen in die Landessprachen, Klassen- und Lehrlingsaustauschprogramme, gemeinsame Medienprogramme fristen ein Schattendasein.

Damit kommen wir zum zweiten Mythos, der Rolle der Kantone. In deren Bildungspolitiken wird die Idee der Mehrsprachigkeit geradezu unterlaufen und in ihr Gegenteil verkehrt. Die Kantone haben das Modell «Einsprachigkeit» übernommen und teilweise sogar konsequenter durchgesetzt als die umliegenden Nationalstaaten. Die Sprachen der eidgenössischen Nachbarn werden in den Kantonen zu «Fremdsprachen» und nicht etwa zu Nachbarschaftssprachen, Zweisprachenunterrichtsmodelle sind immer noch die Ausnahme. Tatsächlich wird der in die Schule verlagerte Fremdsprachenunterricht zunehmend zu einem wirklichkeitsfremden Labor im Dienst einer deklamierten, aber nicht gelebten nationalen Identität. Fehlt ein motivierendes Umfeld, das bestätigen unzählige Untersuchungen, wird der Unterricht in einer zweiten Landessprache keine ausreichenden Resultate erzielen. Aber auch den ausserschulischen Bemühungen um den Austausch und die Verständigung zwischen den

Sprachgemeinschaften haftet der Geruch der Pflichterfüllung an, Lust und Freude sind kaum zu spüren.³

Der dritte Mythos ist schliesslich im Umfeld des Territorialitätsprinzips zu suchen, das als Garant des Sprachfriedens gefeiert wird. In einer von Mobilität gezeichneten Gesellschaft stösst sich die territoriale Gefängnishaltung der Sprachen am Grundrecht des Menschen auf Sprachenfreiheit, oft auch Personalitätsprinzip genannt. Nüchtern betrachtet, schadet dessen starre Durchsetzung etwa dem Rätoromanischen, dessen Stammgebiet sich zum exotischen Reservat entwickelt, während die meisten Rätoromanen ausserhalb des traditionellen Siedlungsgebiets in den Agglomerationen wie jener von Zürich leben, hier aber keinerlei Förderung geniessen. Das Territorialitätsprinzip schützt hingegen die Sprachhomogenität der drei - nicht gefährdeten - Landessprachen und erschwert so die alltägliche Begegnung der Menschen verschiedener Landessprachen.

Dieser Essay versteht sich als Plädoyer für eine Ausweitung des Grundrechts der Sprachenfreiheit vor allem im Bildungsbereich. Ein moderner und liberaler Staat hat dem Recht des Einzelnen auf eine eigenständige sprachliche Identität Rechnung zu tragen. Dazu gehört auch die Stärkung der Erstsprache. Das Prinzip der Sprachenfreiheit eröffnet zudem neue Perspektiven und spannende Möglichkeiten einer schweizweiten Veranschaulichung des Werts der Mehrsprachigkeit. Die Sprachenpolitik der Schweiz muss sich im 21. Jahrhundert von zahlreichen lieb gewordenen Traditionen verabschieden, sie steht vor neuen Herausforderungen, die darüber entscheiden werden, ob die Idee der Mehrsprachigkeit gelebte Wirklichkeit wird. Die so aus der territorialen Haft in die Freiheit entlassenen Sprachen dienen

keinen anderen Göttern als der Kommunikation, der Verständigung und der Begegnung unter den Menschen. Zwei- und Mehrsprachigkeit werden selbstverständlich. Göttert bringt es auf den Punkt: «Man muss sich von einer ebenso simplen wie verführerischen Lösung verabschieden: Dass der Mensch ein einsprachiges Wesen ist, genährt von Vater Land und Mutter Sprache.»⁴

Da die Mehrsprachigkeit einen zentralen Punkt darstellt, soll kurz dargelegt werden, wie ich sie als interessierter Laie in dieser Arbeit verstehe. In der Wissenschaft war die Definition der Mehrsprachigkeit lange Zeit von zwei extremen Sichtweisen geprägt. Maximilian Braun verstand darunter die «aktive vollendete Gleichberechtigung zweier oder mehrerer Sprachen».⁵ Mehrsprachige Menschen sind imstande, «zwei oder mehrere Sprachen nicht nur fließend, das heisst mühelos, sondern auch qualitativ einwandfrei zu gebrauchen». Diese monolinguale Ideologie⁶ geht dabei von einer «définition globale et univoque de l'identité linguistique» aus, als ob es die idealen rätoromanischen oder Tessiner Einsprachigen gäbe. Sie benützt in undifferenzierter Weise Begriffe wie «Muttersprache» und «Fremdsprache», ohne deren Konnotationen in den verschiedenen Situationen des Alltags der Menschen zu beachten oder zu gewichten.

Die monolinguale Sichtweise ist heute überholt. Die Linguistik unterscheidet verschiedene Grade der Zweisprachigkeit. Mehrsprachigkeit wird als ein progressives, skalares Kontinuum der Kenntnisse und Fähigkeiten in einer zweiten Sprache, in mehreren Sprachen verstanden. Diese können sich weithin unabhängig voneinander entwickeln und festigen. Unter Mehrsprachigkeit verstehe ich die Fähigkeit, sich mündlich in Alltagssituationen gut verständigen zu können sowie über eine

passive Lese- und ausreichende schriftliche Kompetenz in einer oder mehreren Fremdsprachen zu verfügen. Der Sprachengebrauch kann sich nach sozialen, wirtschaftlichen und anderen Umständen richten. Es stellen sich Wechselwirkungen der einen auf die andere Sprache ein, sodass man von einem *parler bilingue* etwa dann reden kann, wenn zwei in Neuchâtel wohnhafte Zürcher Bankbeamte untereinander ihren Zürcher Dialekt mit französischen Wörtern ergänzen.⁷ In bestimmten Bereichen des Lebens - Beruf, Wissenschaft - kann es zu sektoriellen Formen der Zwei- und Mehrsprachigkeit kommen. Bernard Py stellt einen frappanten Widerspruch zwischen den Anstrengungen fest, die für den Fremdsprachenunterricht geleistet werden, und den Unterrichtsmethoden, die in einer monolingualen Ideologie verwurzelt sind; die institutionelle Einbettung gehört ebenso dazu wie die Methoden.⁸ Er kritisiert das Lehren von fragmentiertem Wissen, das der Schulstruktur angepasst ist, die steifen, repetitiven Schemata, den fehlenden Bezug zur Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler. Py fasst zusammen: «Les représentations de la langue (surtout en milieu scolaire) se caractérisent notamment par une vision monolingue du langage; et ceci chez les bilingues eux-mêmes!»⁹ Es hat sich im Bereich der Didaktik und Methodik sicher einiges verändert, was vor allem für das Englische gilt. So können Studenten an der ETH beispielsweise mühelos schon im ersten Semester englischsprachigen Vorlesungen folgen. Die Resultate des obligatorischen «Fremd»-Sprachenunterrichts in einer der Landessprachen fallen weniger positiv aus (ausser bei den Rätoromanen). Py kommt zum Schluss: «L'existence, dans notre pays, de nombreux bilingues constitue une ressource humaine peu exploitée.»¹⁰

Leider fehlen wissenschaftlich erhärtete Untersuchungen über die Sprachkompetenzen, die im traditionellen Fremdsprachenunterricht erreicht werden. Immerhin werden im Nationalen Forschungsprogramm «Wirksamkeit unserer Bildungssysteme» vorsichtig kritische Folgerungen gezogen.¹¹ So stellte Grin fest, dass in der Schweiz jährlich 1,6 Milliarden Franken (1571 Franken pro Schüler) investiert werden.¹² Dies sei ein beträchtlicher Aufwand zur Verbesserung der Sprachkompetenzen; bemerkenswert ist allerdings, dass über sechsmonatige Sprachaufenthalte vergleichbare Resultate erzielt werden können. Trier folgert, «die Annahme (sei) nicht allzu gewagt, dass sich die Unterrichtserfolge im Zweitsprachenunterricht trotz der Vorverlegung in die 4. oder 3. Primarklasse in Grenzen halten werden».¹³ Mehrsprachigkeit ist mehr als das in der Schule Erlernete. Werner Koller zieht einen ernüchternden Schluss: «Bezüglich des Grades der aktiven Beherrschung einer zweiten Landessprache ist man heute ehrlicher geworden. Das Schulfranzösisch des Deutschschweizers reicht für die Alltagskommunikation ebenso wenig aus wie das Schuldeutsch des Romands, von anspruchsvolleren Gebrauchssituationen ganz zu schweigen.»¹⁴ Lüdi bescheidet sich mit dem «Minimalziel, bloss Gebrauchskompetenzen anzustreben mit Schwergewicht auf Mündlichkeit».¹⁵ Hier beisst sich ein auf sprachliche Kommunikationskompetenz ausgerichtetes Bildungsziel mit der Ideologie des nationalen Zusammenhalts, der durch das Erlernen einer zweiten Landessprache gefestigt werden soll. Um zu einer tatsächlichen Zwei- und Mehrsprachigkeit zu gelangen, sind sowohl schulisch wie ausserschulisch neue Impulse nötig. Schulisch gehören dazu eine stärkere Gewichtung der mündlichen Sprachkompetenz, zweisprachige Unterrichtsformen

und Sprachaufenthalte, ausserschulisch ginge es um erlebnisorientierte Begegnungen mit Sprachwelten, aber auch um ein gesellschaftliches Umfeld, das durch die Medien und die Politik eine gelebte, positive Werthaltung der Mehrsprachigkeit widerspiegelt.

Die mangelnde Motivation, die sich in der Schule breitmacht, entspricht der Gleichgültigkeit der Erwachsenenwelt der zweiten Landessprache gegenüber. Trifft dies zu, so steht auch der Diskurs der *cohésion nationale* auf wackligen Füßen, wenn er im obligatorischen Unterricht in einer zweiten Landessprache einen wesentlichen Beitrag zu dem ortet, was uns als Schweizerinnen und Schweizer verbindet.

1. Mehrsprachigkeit - kein Problem im Ancien Régime

Die Sprachen waren in der Feudalzeit eines der Merkmale sozialer Differenzierung und in geringem Masse ein Instrument politischer Machtausübung. In der katholischen Kirche herrschte das Lateinische vor, in Adelskreisen trendmässig eine der europäischen Kultursprachen mit einer Vorliebe für das Französische, in den Wissenschaften kämpften die Kultursprachen mit dem Lateinischen um die Vorherrschaft, während im Volk eine Vielfalt an Dialekten gesprochen wurde. Lehnwörter und Mischformen zeigen einen wertfreien und politisch unbelasteten Umgang der Menschen mit den Sprachen auf. Die Sprachen waren nicht mit territorialen Ansprüchen, welche die politischen Herrschaftsstrukturen durchzusetzen versuchten, verbunden.¹⁶

Die Lingua franca des Mittelalters war das Lateinische, das in verschiedenen Klangfarben und dialektalen Varietäten in Kanzleistuben, Universitäten und Klöstern verwendet wurde. Es waren zwei zeitgleich erfolgte Entwicklungen, welche die abendländische Welt revolutionierten und die Sprachen nachhaltig beeinflussen sollten. Zunächst betrafen diese die Kirche. Die Reformation hatte sich zwar schon angekündigt, konnte jedoch mit Gewalt, wie etwa beim Verrat und bei der Hinrichtung des tschechischen Reformators Jan Hus im 15. Jahrhundert, um 100 Jahre aufgehalten werden. Das Ausbleiben kirchlicher Reformen öffnete den Weg für die

Reformation in Deutschland, in Genf und in Zürich. Die Reformation hatte einen starken aufklärerischen Impetus, galt es doch, nicht einzig einer bestimmten Elite, sondern dem Volk das «wahre» Evangelium und damit die Missstände der katholischen Kirche vor Augen zu führen. Die persönliche Beschäftigung mit dem Glauben wurde wichtig, und dazu musste man die biblischen Texte lesen und verstehen können.

Die technische Voraussetzung für die Verbreitung der religiösen Schriften war Ende des 15. Jahrhunderts mit der Erfindung des Buchdrucks geschaffen worden. Das Buch wurde zur Handelsware und ermöglichte die Popularisierung und die Verbreitung der religiösen Literatur in der Sprache des Volkes. Die Volkssprache wurde zur eigentlichen Waffe einer religiösen Bewegung, die weite Teile Europas und mit einer Verspätung auch die katholische Kirche erfasste. Ein Beispiel für die rasante Verbreitung der Reformation und der Volkssprachen bis in die hintersten Bergtäler der Schweiz bietet das Engadin. Im Jahr 1560 gab der Oberengadiner Jurist Jachiam Bifrun eine rätoromanische Ausgabe des Neuen Testaments heraus. Das Oberengadin liegt weitab von den städtischen Zentren der Gelehrsamkeit, das «Puter», die Oberengadiner Variante des Rätoromanischen, wurde auch nur von einigen wenigen Tausend Menschen gesprochen. Der Chronist Aegidius Tschudi hatte zu derselben Zeit die Gründe dargelegt, weshalb «man Churwelsch nit schryben kann. Diese Rhetisch sprach ist nicht gericht, dass man sie schryben kann. Es ist ouch nit wunder das die sitten und spraach by jnen ergrobet dann als sie anfangs lange zyt allein die rühesten und obersten wildinen besessen». Der Jurist Bifrun fügte seiner Ausgabe des Neuen Testaments eine Sprachfibel, die *Taevletta* bei, um auch der einfachen Bevölkerung den Zugang